

## BUCHBESPRECHUNGEN

BORIS PASTERNAK  
DOKTOR SCHIWAGO

Roman. Deutsch von Reinhold v. Walter. S. Fischer Verlag  
Frankfurt, 672 S., 25 DM.

*„Wir publizieren nur, was für das Volk und für den sozialistischen Aufbau nützlich ist.“ Der russische Kultusminister Michailow in einem Fernsehinterview mit amerikanischen Studenten.*

*„Das Rätsel des Lebens, das Rätsel des Todes, der Zauber des Genies, der Zauber schmuckloser Schönheit — ja, ja, diese Dinge sind die unsern. Aber die kleinen Sorgen des praktischen Lebens — Dinge wie die Umgestaltung des Planeten — diese Sachen, nein danke, die sind nicht für uns.“*

*Boris Pasternak: „Doktor Schiwago“.*

Es gehört zu den Eigentümlichkeiten des totalen Staates, daß dort jedes Buch zu einem Politikum wird. Diese Tatsache macht denn auch für uns jedes Buch von drüben zu einem politischen Ereignis, jedes Buch jedenfalls, das drüben unterdrückt wird. Es fällt uns in solchem Fall schwer, das Ästhetische vom Politischen zu trennen, ein solches Werk etwa nur auf seinen literarischen Gehalt hin zu beurteilen.

In Boris Pasternaks „Doktor Schiwago“ haben wir es nun gar mit einem Buch zu tun, in dem das Primat des Ästhetischen zum politischen Bekenntnis wird. Der Ideologie der totalen Diktatur, die den Menschen danach beurteilt, ob und wie weit er und seine Tätigkeit für diese Gesellschaft „nützlich“ sind, die ihn also letzten Endes nur als Mittel, als Werkzeug ansieht, dieser Ideologie stellt Pasternak den Menschen entgegen, dem die Gesellschaft gleichgültig ist, der Mensch selber, sein Denken und Fühlen aber alles bedeutet. Pasternaks Menschen streben nicht danach, im Dienst der Gesellschaft oder

auch einer Idee Nützliches zu leisten — ihnen geht es um Selbstverwirklichung, Schönheit, Liebe, schöpferische Phantasie, tragisches Leid. Schiwago, Lara, die beiden Hauptfiguren, leben zwar in der Gesellschaft — im Rußland des ersten Weltkriegs und der Revolution — aber irgendwie nebenher. Die weltgeschichtlichen Ereignisse werfen sie wie auch die anderen Personen des Romans umher, sie nehmen an ihnen teil, sie suchen nach dem Sinn ihres Seins und ihrer Zeit — aber sie bleiben am Rande, der Zufall spült sie hierhin und dorthin, trennt die Menschen oder führt sie zusammen.

Immer lebt Schiwago irgendwie daneben: am Krieg, an der Auflösung der Fronten in der Februar- und Oktoberrevolution empfindet er nur die Sinnlosigkeit; als Arzt bei einer Partisanengruppe in Sibirien ist er politisch unbetieilt, nur menschlich engagiert und an Freund und Feind gleichermaßen interessiert; nach langer, einsamer Flucht durch Sibirien lebt er voll nur in der Liebe zu Lara, fern von der eigenen Familie, fern von allen Menschen zeitweise, allein mit den Elementen oder in vorübergehender Begegnung mit Menschen aus seiner Vergangenheit. In dem Moskau nach Bürgerkrieg und NEP vegetiert er mit Gelegenheitsarbeiten, dem Schreiben und dem Vertrieb philosophischer Traktätchen, durch die Unterstützung von Freunden. Als er stirbt — auf der Straße, ebenso „zufällig“ wie er gelebt hatte — stellt jemand fest, daß nicht einmal seine Arbeitskarte in Ordnung war. Ein durch und durch „unnützer“ Mensch.

Kritiker haben „Doktor Schiwago“ mit „Krieg und Frieden“ verglichen. Der Vergleich tut beiden Werken unrecht. Gewiß, Pasternak schreibt in der großen russischen Tradition, und im mächtigen Fluß der Sprache, in der raschen Folge der Szenen mag zunächst eine gewisse Ähnlichkeit sich aufdrängen. Aber wo *Tolstoi* in einmaliger Art die Schilderung und Interpretation großer historischer Ereignisse mit der Schilderung ihrer Auswirkung auf die an ihnen aktiv

oder passiv beteiligten Individuen verbindet, geht es Pasternak lediglich darum, wie diese in jenen gefangen sind oder frei und souverän zugleich drinnen und daneben stehen. Wir finden eine ähnlich irritierende Entfremdung in Camus' „Der Fremde“ und „Der Fall“. Zu diesem Mißbehagen trägt nun freilich bei Pasternak auch eine gewisse Formlosigkeit bei (ganz im Gegensatz zu Camus): „Doktor Schiwago“ ist mehr eine lockere Aufeinanderfolge von Szenen als ein durchgliederter Roman, und es gibt allzu viele „zufällige“ Begegnungen, eingeschobene Tagebuchblätter, Epiloge und Nachträge. Vielleicht war das politische Tauwetter zu kurz fürs Formen und Feilen, vielleicht ging der Dichter dem Schriftsteller durch. Wir werden teilweise entschädigt durch den dichterischen Schwung der Sprache, vor allem in den Naturschilderungen. Bei allen Fehlern ist aber kein Zweifel: Mit „Doktor Schiwago“, dem in Rußland unterdrückten Werk, hat die russische Literatur nach Jahrzehnten wieder den Anschluß an die Weltliteratur gefunden, und die erste erfreuliche Tatsache dieses Werks ist, daß es überhaupt entstehen konnte, daß selbst in der Stiekluft der letzten 30 Jahre die große Tradition der russischen Literatur nicht ganz abgebrochen ist. Die literarische Tradition — und wohl auch die Suche nach dem Wesen des Menschen, nach Schönheit, Liebe, Freiheit, unbedingt und unabdingbar.

Neben Pasternak ist *Dudinzew*, der andere Tauwetterautor, nicht nur literarisch ein Stümper: „Der Mensch lebt nicht von Brot allein“ gibt zwar ein weitaus anschaulicheres Bild der heutigen russischen Gesellschaft, ihrer privilegierten Oberschicht und der völligen Abhängigkeit der andern; aber politisch rennt es nur gegen die Auswüchse der Bürokratie an, läßt die Grundlage des Systems unangetastet — die größere „Nützlichkeit“ wird zum Hauptargument für mehr individuelle Freiheit und Initiative. Dudinzew ist eindeutig ein geistiges Produkt der Stalin-Epoche, während Pasternak ein letzter Überlebender der alten Garde ist, 1890 geboren und vor der Revolution geformt. Einer der führenden Dichter der jungen Sowjetunion, sah er seine Kollegen *Essenin*, *Majakowski* und viele andere in Selbstmord oder Verbannung enden. Er zog sich auf Übersetzungen zurück (Shakespeare, Goethe, georgische Dichtung). Ein Wunder, daß es ihm gelang, seinen Geist frei über diese Jahrzehnte des unerträglichen stalinistischen Drucks und der Abschließung von der Welt zu retten. Kein Wunder, daß die Chruschtschows mit dem Ende des Tauwetters dieses weniger anti- als a-kommunistische Buch zu unterdrücken trachteten. Die große Frage: Würde es noch (oder wieder) zu den jungen russischen Menschen von heute sprechen?

Günther Eckstein

JULIAN SYMONS  
THE GENERAL STRIKE

A Historical Portrait, London 1958 Cresset Press, 260 S., 21 Shilling.

Angesichts der Fülle von englischen Büchern, die Fragen der Sozialpolitik gewidmet sind, ist es eigentlich überraschend, daß einem wichtigen und folgenschweren Ereignis in der englischen Sozialgeschichte, dem mißlungenen Generalstreik von 1926, bisher keine Monographie gewidmet wurde. *Julian Symons* hat diese Lücke jetzt mit einem lebendig geschriebenen Buch gefüllt, das sich auf zahlreiche zeitgenössische Quellen stützt, aber die Ereignisse aus der Zeit der zwanziger Jahre mit den Augen der Gegenwart sieht.

Eigentlich ist die Bezeichnung „Generalstreik“ für das, was sich zwischen dem 3. und 12. Mai 1926 in Großbritannien abspielte, nicht ganz korrekt, denn der Gewerkschaftsbund hatte nicht zu einem Generalstreik aufgerufen, sondern zu einem gesamtstaatlichen Ausstand bestimmter, allerdings entscheidender Arbeiterkategorien: Bergarbeiter, Metallarbeiter und das gesamte Verkehrswesen. Wer die heutige britische Gewerkschaftsbewegung beobachtet, wird in der Darstellung der Vorgänge von 1926, die Symons gibt, alles das vertreten finden, was man heute um jeden Preis vermeiden will. Es handelte sich auch damals nicht um einen politischen Streik, um einen Kampf mit bestimmten politischen Zielen, auch wenn das Häuflein Kommunisten natürlich versuchte, einer rein gewerkschaftlichen Auseinandersetzung eine Zielsetzung zu geben, die ihren politischen Bedürfnissen entsprach. Wie wenig es sich um einen Kampf gegen die — allerdings ganz auf Seiten der Unternehmer stehende — Staatsautorität handelte, geht aus dem ergötzlichen Detail hervor, daß die Streikenden sich fast überall dem Fußballspiel hingaben, wobei ihr Partner oft eine von der Polizei gestellte Fußballmannschaft war. 1926 hatte die Führung des Gewerkschaftsbundes zum ersten- und zum letztenmal zu einem Sympathiestreik von Arbeitern aufgerufen, die an dem Streitfall nur insoweit interessiert waren, als die Arbeitgeber sich eine bestimmte Arbeiterkategorie zu einem Angriff auf die Löhne ausgesucht hatten; natürlich war das nur als Auftakt für weitere Angriffe gedacht.

Den Bergarbeitern war von den Arbeitgebern das Ultimatum gestellt worden, eine Lohnsenkung anzunehmen. Der Gewerkschaftsbund hatte dem Bergarbeiterverband gegenüber ein schlechtes Gewissen, weil er ihn schon einmal vorher im Stich gelassen hatte. Darum war selbst ein so bedächtiger und vorsichtiger Taktiker wie *Ernest Bevin* für den Generalstreik. Er wurde zwar in den dazu aufgerufenen Berufen nahezu hundertprozentig durchgeführt, aber nach neun Tagen bedingungslos abgebrochen, als sich erwies, daß eine Fortführung nicht zu einem Erfolg führen könne.

An diesen neun Tagen Streik gegen eine Übermacht hat die britische Arbeiterbewegung lange getragen. Im Jahre darauf setzte die konservative Parlamentsmehrheit ein gewerkschaftsfeindliches Gesetz durch, das die Gewerkschaften schwer traf und auch die Möglichkeiten des kollektiven Anschlusses an die Arbeiterpartei drastisch einschränkte, worunter die Schlagkraft der gesamten Arbeiterbewegung litt. Erst die Labour-Regierung konnte 1946 die volle Gewerkschaftsfreiheit wieder herstellen, und seitdem datiert eigentlich erst der große Aufstieg der britischen Gewerkschaften.

Die Streitpunkte und die ganze Taktik von 1926 sind der Gegenwart ganz fremd — und doch ist alles ungeheuer aktuell. So hat der Gewerkschaftskongreß von 1958 die Schaffung eines zentralen Streikfonds abgelehnt und dabei genau die umgekehrte Argumentation gebraucht wie die Bundesführung von 1926 mit Bevin an der Spitze: daß über die Ausrufung eines Streiks in einem bestimmten Beruf nur die hier zuständige Gewerkschaft autonom entscheiden könne. Es ist das Verdienst des Buches von Symons, das allen Verästelungen der damaligen Vorgänge nachspürt, daß es so plastisch die gewaltigen Veränderungen herausgearbeitet hat, denen das Sozialgefüge Englands in den letzten 30 Jahren unterworfen war.

Noch ein interessantes Detail: zum ersten und zum letztenmal hat es in England während des Generalstreiks eine direkt von der Regierung herausgegebene Zeitung gegeben, die gegen die Gewerkschaften Stimmung machen wollte. Ihr Chefredakteur war ein aktiver Minister, der damalige Schatzkanzler *Winston Churchill*, der sich an diese Aufgabe geradezu herangedrängt hatte. Aber es ist bemerkenswert, daß auch damals schon der englische Rundfunk sich dagegen wehrte, zu einem Organ der Propaganda gegen den Streik und für die Regierung herabgewürdigt zu werden.

*Dr. J. W. Brügel*

#### HANS-GERD SCHUMANN NATIONALSOZIALISMUS UND GEWERKSCHAFTSBEWEGUNG

Die Vernichtung der deutschen Gewerkschaften und der Aufbau der „Deutschen Arbeitsfront“.

Schriftenreihe des Instituts für wissenschaftliche Politik Marburg, Bd. 6. Norddeutsche Verlagsanstalt O. Goedel, Frankfurt/Main 1958, 12,50 DM.

Zu unserer „unbewältigten Vergangenheit“ gehört vor allem das Geschehen der 12 Jahre Hitler-Diktatur. Die Frage nach dem Warum des Dritten Reiches ist ebenso wenig gemeinverbindlich beantwortet wie die Frage nach dem Wie, trotz *Franz Neumanns* „Behemoth“ (1944) und *K. D. Brachers* Studie über den Untergang der Weimarer Republik. Schon aus diesem Grunde muß eine Publikation über einen wichtigen Aspekt des Dritten Reiches die Aufmerksamkeit auf sich ziehen. Für die Ar-

beiterbewegung aber bedeutet die Behandlung des Verhältnisses von Nationalsozialismus und Gewerkschaftsbewegung das Angehen einer lebenswichtigen Frage für das Selbstverständnis und damit für konkretes Verhalten in unserem zweiten Demokratieversuch in Deutschland.

Wie aus dem Untertitel von Schumanns Arbeit schon hervorgeht, beschäftigt er sich vor allem mit zwei Fragekreisen: der Vernichtung der deutschen Gewerkschaften und dem Aufbau der DAF. Etwas irreführend ist dieser Untertitel insofern, als der Vernichtung der Gewerkschaften die Aktionsunfähigkeit vorausgegangen war, selbst Versuche der Leitung, mit dem Dritten Reich irgendwie auszukommen. Die „Selbstentlebung“, von der Schumann im Text spricht, kommt dem Tatbestand näher.

Als Gründe für das schmähliche Ende der Millionenbewegung nach drei Monaten Hitler-Herrschaft führt der Autor vor allem drei Überlegungen an: Da ist einmal die Beschränkung auf sozialpolitische Arbeit unter Verzicht auf eigene umfassende gesellschaftliche und wirtschaftliche Ziele, dann das Verkennen der Machtkonstellation in der Weimarer Republik (schon im Verlauf der Revolution von 1918 deutlich geworden) und endlich die zunehmende Entfremdung zwischen radikalisierten Mitgliedern und dem aus Sorge um die Organisation Massenaktionen bremsenden Vorstand in der großen Wirtschaftskrise.

Während diese Überlegungen vornehmlich mit den Methoden der politischen Soziologie angestellt werden, kommt bei der Behandlung der nationalsozialistischen Position der Historiker stärker zu Wort. Schumann hat eine Unmenge Quellenmaterial durchgearbeitet, wie seine erstmals gegebene umfassende Bibliographie (742 Titel!) zeigt. Ohne sich in belanglose Nebensächlichkeiten zu verlieren, arbeitet er in flüssiger Darstellung die Entwicklung in den NS-Betriebsorganisationen und der DAF heraus. Die immer wieder angestellten sozialpsychologischen Untersuchungen machen nunmehr zwingend deutlich, wie stark die Mentalität der radikalisierten kleinbürgerlichen Schichten das Verhältnis der NSDAP zu den Arbeiterorganisationen bestimmte: In der Feindschaft gegen die Gewerkschaften konnten sich alle Haßgefühle der Kleinbürger mit dem Vernichtungswillen der Großindustrie treffen. Die durch Inflation und Krise ruinierten Kleinbürger wollten nicht einsehen, daß die Krise in der Struktur der kapitalistischen Gesellschaft begründet lag, nicht eine Schuld der Demokratie und der Gewerkschaften bzw. Arbeiterbewegung war. Die Großindustrie brauchte am Ende der Weimarer Republik diese falsche Bewußtseinshaltung nur aufzuputschen, nicht erst zu produzieren.

Politischer Ausdruck dieser Massenhysterie im Kleinbürgertum war die NSDAP. Ihre Feindschaft gegen die Gewerkschaften stand von vornherein fest. Die radikalen Phrasen der

NSBO konnten nicht darüber hinwegtäuschen, daß mit der Karikatur des Gewerkschaftsfunktionärs als „Bonzen“ nicht einzelne Funktionäre, sondern *die Bewegung* gemeint war (nebenbei gesagt: das von gewerkschaftsfeindlicher Seite heute propagierte Schreckgespenst des „Managers“ in den Gewerkschaften ist nichts als eine Fortsetzung dieser Verzerrung). Sehr gut gelungen ist dem Autor die Schilderung des Aufbaues und der personellen wie der ideologischen Entwicklung der NS-Betriebsorganisationen, das raffinierte Doppelspiel der NSDAP mit den wenigstens noch die Notwendigkeit der Vertretung von Arbeiterinteressen gegen die Unternehmer erkennenden Führern des ohnehin recht bedeutungslosen Arbeiterflügels und das Herausarbeiten der Phasen, in denen sich die endgültige Umwandlung der DAF in die Zwangsorganisation zur Eingliederung der Arbeiter in die Kriegsvorbereitungen vollzog. Genaue Kenntnis der nationalsozialistischen Quellen ermöglicht erstmals eine gültige Darstellung dieser Vorgänge. Darin liegt der Hauptwert der Schumannschen Untersuchung.

Dr. Kurt Kliem

#### DIE SOZIALPOLITISCHE BEDEUTUNG DER VOLKSWIRTSCHAFTLICHEN GESAMTRECHNUNG

Schriften der Gesellschaft für Sozialen Fortschritt e. V., Band 8, Verlag Duncker & Humblot, Berlin 1958, 108 S., kart. 8,80 DM.

Ende Januar d. J. veranstaltete die Gesellschaft für Sozialen Fortschritt eine Diskussion über die sozialpolitische Bedeutung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VwGR), die damals große Beachtung fand und von namhaften Wissenschaftlern, Politikern und Vertretern der sozialen Verbände und der zuständigen Behörden besucht wurde. Die nunmehr vorgelegte Schrift enthält den Wortlaut des einleitenden Referates und des zusammenfassenden Schlußwortes von Prof. *Strickrodt*, sowie der lebhaften und anregenden Diskussion, an der u. a. die Professoren *von Nell-Breuning*, *Peter* und *Liefmann-Keil* und der Präsident des Statistischen Bundesamtes Dr. *Fürst* teilnahmen.

Viele gewerkschaftlich organisierte Leser des Protokolls wird die Einmütigkeit überraschen, mit der von allen Seiten die VwGR für erforderlich gehalten und ihr Ausbau befürwortet wurde, ist ihnen doch noch in Erinnerung, wie sie von manchem Vertreter der offiziellen Wirtschaftspolitik als ein Mittel der totalen Planwirtschaft gebrandmarkt worden war. Hier ist erfreulicherweise — sicherlich nicht zuletzt als Folge der schwieriger gewordenen wirtschaftlichen Lage — ein Sinneswandel eingetreten. Zu wünschen ist allerdings, daß bei niemandem die Absicht dahinter steht, die VwGR in scheinwissenschaftlicher Weise gegen die gewerkschaftliche Lohnpolitik zu verwenden. Auf den Mißbrauch der VwGR für Sonderinteressen wurde

jedenfalls in der Diskussion mehrfach hingewiesen.

Diese Gefahr ist zweifellos am größten, wenn sowohl die Deutung der aus der VwGR für einen zurückliegenden Zeitraum erkennbaren Größenordnungen und Gestaltungsspielräume als auch die Aufstellung einer „volkswirtschaftlichen Vorausschau“ Monopol einer amtlichen oder einer sogenannten „neutralen“ Stelle wäre. Statt dessen sollte die Deutung dem „freien Spiel der Kräfte im Rahmen einer vielgestaltigen Forschung“ überlassen bleiben, wie es der Sprecher des DGB formulierte. „Volkswirtschaftliche Vorausschauen“ sollten alternativ von den verschiedenen sozialen Verbänden und Behörden sowie den wissenschaftlichen Einrichtungen jeweils aus ihrer Sicht heraus, d. h. mit unterschiedlichen Annahmen vorgenommen werden. Um dabei nicht zu einer verwirrenden Fülle von Ergebnissen zu kommen, sollte man sich allerdings vorher im wesentlichen über die einzusetzenden wirtschaftlichen Größen einigen und zu möglichst wenigen Annahmen kommen. Hier wäre ein Ansatzpunkt für eine ersprießliche Zusammenarbeit zwischen den beiden Sozialparteien, den Behörden und den wissenschaftlichen Instituten.

Damit sind aber auch die Möglichkeiten erschöpft, zu verbindlichen Abmachungen im Bereich der VwGR zu gelangen. Im Rahmen der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung wäre es unzulässig, wollte man etwa den sozialen Verbänden wirtschaftspolitische Maßnahmen — etwa in der Lohnpolitik — an Hand der VwGR vorschreiben oder auch nur durch ein „neutrales“ Gutachtergremium „empfehlen“. Das würde bedeuten, die Lösung politischer Fragen, z. B. der Einkommensverteilung, durch wissenschaftliche Gutachten vornehmen zu wollen. Hiergegen wandten sich viele Diskussionsredner, u. a. auch Minister *Blank*, der sich für eine klare Aufgabentrennung von Wissenschaft und Politik aussprach.

Auf der Veranstaltung wurde eingehend die Frage erörtert, was der Sozialpolitiker überhaupt von der VwGR erwarten kann. Nach Ansicht von Prof. *Strickrodt* ist es eine wesentliche Aufgabe der VwGR, Verständigungsmittel zwischen den sozialen Gruppen, insbesondere den Tarifparteien, über die gesamtwirtschaftliche Entwicklung zu sein und dadurch ein sachlicheres und wissenschaftlich begründetes Gespräch zu ermöglichen. Nicht zu vergessen ist, daß die VwGR seit der Rentenreuegung auch im Rahmen der Sozialreform eine stärkere Bedeutung erhalten hat, z. B. für das Gutachten des Sozialbeirats zur Rentenanpassung.

Neben den hier angedeuteten Problemen werden in den Beiträgen viele weitere interessante Fragen der VwGR erörtert. Wer sich über den Stand der Diskussion um die VwGR informieren will, dem kann die vorliegende Schrift nur empfohlen werden. *Günter Pehl*

DR. PHIL. OTTO SPECK  
KINDER ERWERBSTÄTIGER MÜTTER

Ein soziologisch-pädagogisches  
Gegenwartproblem

Ferdinand Enke Verlag, Stuttgart 1956, 141 S., kart. 9,80  
DM.

Das Buch ist das Ergebnis einer Schulerhebung und einer familienmonographischen Untersuchung in München zur Frage der Wirkung der Berufstätigkeit von Müttern auf die Kinder. Der Autor kommt zu dem Schluß, daß Kinder erwerbstätiger Mütter — und etwa die Hälfte aller Schulkinder gehören zu ihnen — grundsätzlich in die Kategorie der Kinder aus gestörten Familien einzureihen sind, da die Erwerbstätigkeit der Mütter einen bedeutenden erziehungswidrigen Störfaktor der gegenwärtigen Familienordnung darstelle. Er weist darauf hin, daß die Meinung, ein Kind brauche nur äußere Pflege, irrig ist. Die Sorge für das materielle Wohl und für das schulische Fortkommen allein genügen nicht. Das Kind bedarf des inneren Kontakts mit der Mutter, des Gefühls, geborgen zu sein, jederzeit mit seinen Sorgen und Nöten zu ihr kommen zu können. Auch der Kindergarten sei hier nur ein Notbehelf. Aber auch für die Mütter selbst entstehen große Nachteile, von denen der Verlust der Mütterlichkeit wohl der schwerwiegendste ist. Bergende Familienmütter aber seien gerade in unserer veräußerlichten Gesellschaftsverfassung nötig, und zwar zum Heile aller Familienmitglieder. Der Verfasser ist sich bei diesen Erkenntnissen durchaus bewußt, daß dieser Pflicht der Mutter für das Kind ihr Recht auf freie Berufsausübung gegenübersteht, hält aber das Recht des Kindes auf die Mutter für das stärkere.

Als Lösungsmöglichkeiten dieses Problems sieht er eine materielle Familienhilfe, wie sie in anderen Ländern, z. B. in Frankreich, schon wesentlich weiter ausgebaut ist, so daß die Berufstätigkeit von Müttern aus materieller Not gemindert werden kann; Aufklärung und Beeinflussung der öffentlichen Meinung, d. h. „dem Hausfrauenberuf seine Ehre wiederzugeben“ und die erwerbstätigen Mütter zu beraten, wie sie am besten die nachteiligen Auswirkungen ihrer Erwerbstätigkeit auf das Kind ausgleichen könnten; Intensivierung der Erziehung zur Mutter und Familie, vor allem bei den jungen Mädchen; Ausbau der sozialpädagogischen Hilfe für Kinder erwerbstätiger Mütter, z. B. pädagogische Erneuerung der Kinderkrippen, nicht sosehr im pflegerischen als vielmehr im erziehlich-gemüthhaften Sinne.

Der Autor weist weiter darauf hin, daß „die Familie nicht nur Sache der Mutter ist, sondern auch die des Vaters sein sollte“ und „auch eine intensive Anleitung der Knaben zu häuslicher Mitarbeit nötig“ sei. „Dieser Erziehung der Knaben zur Familie wurde bisher im Ausland mehr Beachtung geschenkt als in Deutschland,

wo manche häusliche Arbeit für einen Großteil der Männer geradezu als ehrenrührig erscheint.“ Von einer erfolgreichen Vätererziehung verspricht sich Speck „für die weitere Entwicklung der mütterlichen Erwerbstätigkeit relativ die gleichen Besserungen . . . wie für eine erfolgreiche Müttererziehung . . .“.

Das Werk gewinnt noch an Wert durch die zahlreichen Schrifthinweise. *Erika Donner*

JOHN STRACHEY  
KAPITALISMUS HEUTE UND MORGEN

Übertragung aus dem Englischen von Dr. Rudolf Hahn,  
Econ Verlag GmbH, Düsseldorf 1957, 291 S., 16,80 DM.

Das ist ein ganz vorzügliches Buch, obwohl die deutsche Übersetzung stellenweise miserabel ist und die Korrekturen äußerst flüchtig behandelt worden sind! Aber es ist trotzdem ein ganz vorzügliches Buch, denn der Autor gehört zu jenen typisch angelsächsischen Intelligenzen, die nicht nur die Fähigkeit haben, eigene Gedanken zu fassen, sondern auch den Mut, von dieser Fähigkeit Gebrauch zu machen. Das ist um so erstaunlicher, als der Autor bereits mehrere Male Minister war und es hoffentlich bald wieder werden wird.

Das Thema, um das es hier geht, ist beileibe nicht neu. Von Marx, Engels, Lenin und Stalin ganz abgesehen, ist es in schier unendlicher Reihe von oft sehr gescheiterten und oft furchtbar dummen Menschen vorgenommen worden. Es ist daher kein leichtes Unterfangen, sich hier einzureihen und auf den Schultern seiner Vorgänger eine Pyramide zu erklimmen, von der man hofft, daß sie die schon bestehenden überragen und so größere Ausblicke gewähren wird, als es die anderen vermögen.

Gerade das scheint Strachey indes geglückt zu sein. Er hat sich offenbar an den richtigen Schultern hochgeturnt und ist an einen Punkt gelangt, von dem aus er die weitläufigen Gebäude des Kapitalismus nicht nur überblickt, sondern auch zu beurteilen vermag, welche von ihnen bereits Ruinen sind und welche noch mehr oder minder komfortablen Unterschlupf zu bieten vermögen. Das ist an und für sich schon sehr viel, aber es ist noch längst nicht alles.

Der Autor begnügt sich nicht mit solcher Beschreibung. Er vergleicht die alten Grundrisse mit den inzwischen errichteten Objekten und erkennt die riesigen Veränderungen, die hier stattgefunden haben. Der alte Konkurrenzkapitalismus ist tot. Ein neuer Oligopolkapitalismus ist an seine Stelle getreten, und seinen Gesetzmäßigkeiten gilt es auf die Spur zu kommen, wenn man die Zukunft gestalten und nicht ein Opfer dieser Zukunft werden will.

Die Marxsche Vision reicht nicht mehr aus, um sich dabei zurechtzufinden. Hier bedarf es vielmehr einer Ergänzung, denn Marx selbst ist zu jener unvorhergesehenen Variablen geworden, die den Kapitalismus aus seiner vorgezeichneten Entwicklungsbahn geworfen hat. Das

klingt zwar paradox, ist aber so. Die Marxsche Rechnung wäre aufgegangen, wenn er sie nicht vor aller Augen durchgeführt hätte. Indem er also die Schleier der Zukunft lüftete, gab er allen die Gelegenheit, diese Zukunft zu verändern — und sie haben davon reichlich Gebrauch gemacht.

Ihm daraus einen Strick zu drehen, wie dies heute verschiedentlich die Mode ist, erscheint grundfalsch, denn Marx war kein Seher, der sich vermittelt geheimer Drogen in Trance versetzte, sondern ein klarer Rationalist, der uns keine Zauberformeln, sondern eindeutige Methoden hinterlassen hat, mit deren Hilfe es gelingt, auch recht hintergründige Entwicklungsgesetze aufzuzeigen; und Strachey weiß, wie man das macht.

Die Gegenwartsprobleme entwirren sich in seiner Hand mit geradezu spielerischer Leichtigkeit. Das heißt jedoch nicht, daß er sie auch schon löst. Er zeigt sie nur in ihren richtigen Perspektiven, und da erscheinen sie auf einmal nicht mehr gar so schrecklich. Er weiß das Wesentliche vom Unwesentlichen zu trennen, und seine Zukunftsprognosen erfüllen eher mit Zuversicht und Hoffnung; und das ist sehr viel in der Welt von heute.

Man muß froh sein, daß es das noch gibt. Fachleute, die sich in der Materie auskennen, und Politiker, die unter die Oberfläche zu sehen vermögen, und dazu noch in einer Person. Stracheys Buch ist eine ernst zu nehmende Schrift sozialwissenschaftlichen Charakters.

*Dr. Johannes Kasnacich-Schmid*

A. L. SCHMIDT  
PERSONALPROBLEME IM INDUSTRIE-  
BETRIEB. Fallsammlung

Konradin-Verlag Robert Kohlhammer, Stuttgart 1957,  
170 Seiten, 12,50 DM.

RENATE MAYNTZ  
DIE SOZIALE ORGANISATION  
DES INDUSTRIEBETRIEBES

Ferdinand Enke Verlag, Stuttgart 1958, VII, 88 Seiten,  
kart. 6,80 DM.

HANS PAUL BAHRDT  
INDUSTRIEBUROKRATIE

Versuch einer Soziologie des industrialisierten  
Bürobetriebes und seiner Angestellten

(Soziologische Gegenwartsfragen. Neue Folge in Ver-  
bindung mit A. Achinger, E. Baumgarten, A. Berg-  
strässer, P. R. Hofstätter, S. Landshut, W. Mühlmann,  
G. Weippert, G. Wurzbacher herausgegeben von C. Jant-  
ke, L. Neundörfer, H. Schelsky.)  
Ferdinand Enke Verlag, 1958, VIII, 146 Seiten, kart.  
13,60 DM.

Diese drei Bücher gehören thematisch zu-  
sammen. Die Probleme, welche darin behan-  
delt werden, sind nicht neu; neu ist nur die  
Tatsache, daß sie behandelt werden, und neu ist  
vielleicht auch der Geist, in dem sie behandelt  
werden.

Wo immer Menschen zusammen arbeiten, be-  
stehen mehr oder minder große Konfliktmög-  
lichkeiten, denn die Individuen sind keine Zahn-  
räder, die man haarscharf aufeinander abstellen  
kann. A. L. Schmidt schildert 100 solcher Kon-  
fliktfälle in allen ihren Konsequenzen und bietet  
gewissermaßen Momentaufnahmen aus dem  
Produktionssektor der modernen Industrie-  
gesellschaft. Der also entstandene Bilderbogen  
muß nachdenklich stimmen.

Zwar ist der Mensch als „Faktor Arbeit“  
schon seit geraumer Zeit ins Zentrum der sozial-  
wissenschaftlichen Betrachtung gerückt und diese  
Makro-Perspektive hat im Vollbeschäftigungs-  
postulat einen bemerkenswerten Erfolg ge-  
zeitigt, doch die mikrosoziologischen Probleme  
sind dabei bislang zu kurz gekommen. Es hat  
sich hier vielmehr einer jener „lags“ heraus-  
gebildet, die unsere zeitgenössische Gesellschaft  
in so unheilvoller Weise charakterisieren und  
die unbedingt überwunden werden müssen,  
wenn es nicht zu schwerwiegenden Verzerrun-  
gen und Spannungen in der gesellschaftlichen  
Gefügeordnung kommen soll.

Die Pflege der „human relations“, welche  
der Autor vornimmt und die er an einigen Bei-  
spielen durchexerziert, ist in diesem Zusammen-  
hang von großer Bedeutung. Es wird dabei  
deutlich zu machen versucht, worauf es jeweils  
eigentlich ankommt, und daher hat das Buch  
für alle, die es angeht — und es geht fast alle  
an —, seinen Zweck erfüllt, allein schon indem  
es auf die schwachen Stellen der so überaus  
schwierigen Menschenführung hinweist. Es wird  
keiner, der es gelesen hat, als vollendeter So-  
zialhygieniker dastehen, aber er wird sich Ge-  
danken machen, wie man dem „menschlichen  
Faktor“ des „Faktors Mensch“ wohl am besten  
gerecht werden könnte, und dazu ist es hoch an  
der Zeit.

Der Autor ist jedem überflüssigen Theoreti-  
sieren abhold. Ihn interessiert vor allem das  
praktische Leben bzw. die Praxis des Zusam-  
menlebens im Betrieb. Er weiß genau, daß er  
damit verschiedentlich an der Oberfläche bleibt.  
Aber sind es nicht gerade die „Oberflächen“, an  
denen sich die Reibungen vollziehen, auch wenn  
die Gründe, welche zu Zusammenstößen führen,  
manchmal ganz woanders liegen? Last, not least  
sind die angeführten Fälle überaus typisch und  
deshalb ist der didaktische Wert des Buches be-  
sonders hervorzuheben. \*

Wer nun mit dem auf diese plastische Art  
Gebotenen nicht zufrieden ist, oder, davon an-  
geregt, wissen möchte, was die zeitgenössische  
*Soziologie* zu alledem zu sagen hat, der wird  
wahrscheinlich etwas enttäuscht sein, wenn ihm  
eine Einführung in die Hände fällt, wie sie  
*Renate Mayntz* liefert.

Vom erquickend realistischen Empirismus ei-  
nes Schmidt ist diese Autorin meilenfern. Das  
Klima ihrer Lektüre ist ein völlig anderes. Hier  
doziert nämlich eine angehende Hochschullehre-

rin in überakademisch kühler, leidenschaftsloser Art über eigentlich nur zwei Begriffe, und zwar über die Begriffe der „formellen und informellen Organisation“.

Es kann natürlich nichts schaden, wenn man weiß, was darunter verstanden wird. Andererseits nützt es einem auch nicht viel, wenn man die diesbezüglichen Definitionen auf den Seiten 12 und 13 gelesen hat. Höchstens für Studenten, die sich aufs Examen vorbereiten oder die über ein einschlägiges Thema dissertieren wollen, ist dieses kleine Büchlein nützlich. \*

Ganz anders ist es mit *Hans Paul Bahrdt*. Das ist ein Autor, der sich etwas einfallen läßt und der einen Blick für die Probleme hat, um die es heute geht. Er weiß die makrosoziologischen Trends mit den mikrosoziologischen Phänomenen in überschaubare Zusammenhänge zu bringen, und er überzeugt den Leser, daß das, was er tut, nicht weltfremdes Abstrahieren im luftleeren Raum, sondern lebensnahes Forschen im Dienst der Gegenwart bedeutet.

Bahrdt ist eine sehr gute Ergänzung zu Schmidt. Schmidt stürzt einen sozusagen kopfüber in die Problematik des Arbeitslebens hinein, Bahrdt fischt einen wiederum heraus und führt einen zu höheren Warten, von denen aus ein Überblick möglich ist. Der eine interessiert sich für die Applanierung von Reibungen auf psychologischer Ebene, der andere sucht nach den hintergründigen Strömungen der gesellschaftlichen Entwicklung, welche solche Konflikte erst heraufbeschwören. Deshalb muß er auch weiter ausholen und tiefer greifen.

Bahrdt befaßt sich vorwiegend mit der Industriebürokratie. Er baut dabei jedoch auf Erkenntnissen auf, die er aus der Erforschung der industriellen Arbeitswelt bezogen hat und die ihm dazutun scheinen, daß sich in der ursprünglich hierarchischen Ordnung dieses speziellen Lebensbereiches durch die immer weiter greifende Industrialisierung, Mechanisierung, Rationalisierung und Automatisierung eine grundsätzliche Änderung vollzogen hat, eine Änderung, die im Zuge desselben Prozesses nun auch in den Büros Platz greift und die letztlich eine gewisse demokratische Nivellierung im Gefolge haben dürfte, von der man noch nicht weiß, ob sie die Arbeiter und Angestellten einander soziologisch näherbringen oder noch weiter voneinander entfernen wird, als dies gegenwärtig der Fall ist.

Die hier aufgezeigte Perspektive ist natürlich nicht die einzige, aber es ist eine der wesentlichsten. Ihre Konsequenzen in makro- und mikrosoziologischer Hinsicht sind augenscheinlich und äußerst interessant. Interessant nicht nur an sich, sondern auch politisch und arbeitsorganisatorisch interessant. Jedenfalls ist man da wieder einer Entwicklung auf die Spur gekommen, die um so bedeutungsvoller ist, als sie eine Bevölkerungssparte vertritt, die man, seit *Lederer*,

vergeblich einzuordnen bemüht war. Nun scheint man jedenfalls zu wissen, warum „vergeblich“, und man wird früher oder später auch vorhersagen können, in welcher Richtung sich der Trend bewegt.

Zu alledem ist Bahrdt ein vorzüglicher Schreiber, der es bei aller Wissenschaftlichkeit versteht, lesbar zu bleiben, und der sich nicht scheut, seine Quellen auch aus der Belletristik fließen zu lassen, jener vollendetsten aller Belehrungsmethoden.

*Dr. Johannes Kasnacich-Schmid*

#### KLEINER KUNSTKALENDER DER ARBEITERWOHLFAHRT 1959

Verlag Arbeiterwohlfahrt Hauptausschuß e. V., Bonn, Dottendorfer Straße 168.

Es ist sehr zu begrüßen, daß der Hauptausschuß der Arbeiterwohlfahrt, unter der Verantwortung von *Lotte Lemke*, nicht irgendeinen Abreißkalender herausbringt, sondern sich bei dieser Publikation, die nun schon zum achtenmal erscheint, ein kunstpädagogisches Ziel setzt: durch die Reproduktion von Gemälden und Graphiken lebender Künstler das Verständnis für die bildende Kunst unserer Zeit zu fördern; dieser Absicht dienen neben den Reproduktionen kurze Texte, die den Künstler und sein Werk vorstellen. Damit will der Kunstkalender ein geistiger Mittler zwischen den heute schaffenden Künstlern und dem Publikum sein und zugleich den bildenden Künstlern auch materiell helfen — alles Ziele, die unsere volle Unterstützung verdienen. *wf.*

#### ZUGABE- UND RABATTRECHT

Kommentar, erläutert von Dr. Eduard Reimer und Albrecht Krieger, Carl-Heymanns-Verlag KG, München-Köln-Berlin.

Es ist dankenswert, daß der Carl-Heymanns-Verlag die Kommentierung des Zugabe- und Rabattrechts, die in der dritten Auflage des Kommentars zum Wettbewerbs- und Warenzeichenrecht (1954) von Dr. Reimer, dem Präsidenten des Deutschen Patentamtes, enthalten war, als besondere Schrift herausgegeben hat. Diese Kommentierung greift in ihrer Reichweite über den Bereich der rein rechtlichen Probleme hinaus und bemüht sich darum, auch wirtschaftspolitische Überlegungen in die Darstellung einzubeziehen. Allerdings ist man im Bereich der deutschen Wirtschaftsjuristik noch nicht so weit gelangt, daß man auch national-ökonomische Literatur in größerem Umfange bei der Beurteilung wirtschaftlich relevanter Vorgänge heranziehen würde. Bei der Diskussion über den Begriff der Zugabe im Anschluß an § 1 der Zugabeverordnung (S. 17 ff.) wird dies nur allzu deutlich. § 2 des Rabattgesetzes bringt die bekannte Begrenzung des Barzahlungsnachlasses auf 3 vH vom Preis der Ware oder Leistung. Die ökonomische Begrün-

dung dieser Maßnahme ist darin zu sehen, daß man auf der einen Seite eine möglichst große Übereinstimmung von Listenpreis bzw. ausgezeichnetem Preis und tatsächlichem Verkaufspreis erreichen wollte, auf der anderen Seite aber dem Kunden, der durch sofortige Barzahlung Kosten sparen hilft, eine entsprechende Vergütung sicherzustellen gedachte. An die Frage der Preisbemessung und des tatsächlichen Warenwertes knüpft sich eine umfangreiche juristische Diskussion.

Nach § 5 des Rabattgesetzes wurde nun diese Regelung auch auf die Rückvergütung der Konsumgenossenschaften ausgedehnt. Hier beginnt die ökonomisch interessante Auseinandersetzung. Nach dem Kriege war § 5 zunächst durch eine Reihe von Einzelgesetzen und Verordnungen der Länder aufgehoben worden. Im Jahre 1954 brachte dann die Änderung des Genossenschaftsgesetzes und des Rabattgesetzes die Beschränkung der Rückvergütung, wobei gleichzeitig das Verbot des Verkaufs an Nichtmitglieder für die Konsumgenossenschaften wegfiel.

In der Begründung zum Rabattgesetz von 1933 hatte das NS-Regime erklärt, die Gleichstellung zwischen Rückstellung und Rabatt erschiene gerechtfertigt, weil sich die Rückvergütung im Wettbewerb praktisch ebenso auswirke wie ein Preisnachlaß.

Die Konsumgenossenschaften berufen sich demgegenüber mit Recht auf die Tatsache, daß die Rückvergütung ihrem Wesen nach etwas ganz anderes sei als der Rabatt. Bei der Rückvergütung handelt es sich letztlich darum, daß die Ersparnis, wie sie durch den Gewinnverzicht der Konsumgenossenschaften erzielt werden kann, an die Mitglieder zur Ausschüttung gelangt. Da eine vernünftig arbeitende Geschäftsleitung den Umfang dieser Ersparnis über größere Zeiträume hinweg niemals hundertprozentig voraussagen kann, ist sie auch dort, wo sie sich in ihrer Preisgestaltung nicht unbedingt nach der Marktlage ausrichtet, weitgehend gezwungen, etwas höhere Preise anzusetzen, als sie dies unter reiner Berücksichtigung des Kostenprinzips tun würde. Da sich in der Wirtschaft eben nicht genau voraussagen läßt, wie weit sich die Kosten speziell auch unter dem Einfluß der Umsatzentwicklung gestalten werden, bleibt nichts übrig, als mit einer gewissen Sicherheitsspanne im Preis zu arbeiten. Wenn sich dann später herausstellt, daß diese Sicherheitsspanne Überschüsse gebracht hat, so müssen diese wieder an die Mitglieder zur Ausschüttung gelangen. Das geschieht in Form der Rückvergütung.

Beim Rabatt dagegen handelt es sich im wesentlichen um eine Werbemaßnahme, die darauf abzielt, durch Zurschaustellung eines Abschlages vom ursprünglich geforderten Listenpreis den Kunden von der Großzügigkeit des betreffenden Unternehmens zu überzeugen. In einigen Fällen mag der Rabatt auch kostenbedingt sein, obwohl er bei zahlreichen Artikeln ge-

währt wird, bei denen ohnehin in der Regel Barzahlung üblich ist. Im übrigen wird die Rückvergütung nachträglich ausgeschüttet, meist nach Ablauf eines Jahres; selbst die formelle Identität zwischen Rabatt und Rückvergütung erscheint nur dort, wo der Rabatt ebenfalls in Form von Rabattmarken gewährt wird, die erst nach längerer Zeit fällig werden.

Nun zeigt sich in der Praxis sehr häufig, daß z. B. eine dreiprozentige Rückvergütung, die auf alle Einkäufe bei den Konsumgenossenschaften gewährt wird, eben nicht denselben absoluten Betrag bringt, wie ein dreiprozentiger Rabatt. Auf zahlreiche Artikel wird auf Grund von Vorschriften der Hersteller — das gilt besonders für preisgebundene Markenartikel — überhaupt kein Rabatt gewährt. Aus diesem Grunde bedeutet eine dreiprozentige Rückvergütung, die auf sämtliche Artikel der Konsumgenossenschaften (mit Ausnahme allein der Tabakwaren) gewährt wird, einen größeren Vorteil für den Kunden als der anderswo übliche Rabatt.

Die Schwierigkeit, die mit der neuen gesetzlichen Regelung geschaffen wurde, besteht vor allem darin, daß die bisher übliche Rückgabe der Ersparnisse an die Mitglieder für die Konsumgenossenschaften außerordentlich erschwert wird. Zwar kann theoretisch ein etwaiger weiterer Gewinn gemäß § 11 der DVO nach Maßgabe der Geschäftsanteile ausgeschüttet werden, sobald diese einmal voll eingezahlt sind, und zwar auch dort, wo etwaige Satzungsbestimmungen dies verbieten. Damit wird aber das Mitglied der Konsumgenossenschaft in eine Art Dividendenposition hineingedrückt, die es zum Unternehmer stempeln würde — letztlich auch mit steuerlichen Konsequenzen.

Wenn man bedenkt, daß die Leistung der Konsumgenossenschaften eben darin zu sehen ist, daß sich hier Menschen zusammenschließen, um ihren Lebensmittelbedarf selbst zu decken, so erinnert das an einen alten Grundsatz der deutschen Finanzwissenschaft: Niemals kann und soll man einen Mann dafür besteuern oder irgendwie bestrafen, daß er z. B. seinen Koffer selbst zum Bahnhof trägt.

Leider setzt sich der Kommentar mit den Auffassungen, wie sie im Gesetz über Preisnachlässe von 1933 vertreten wurden, nicht näher auseinander. Auf der anderen Seite betont der Verfasser, daß sowohl Treuerabattvereinbarungen wie auch Mengenrabatte (die letzteren gemäß § 9 des Rabattgesetzes) durchaus zulässig sind. Bis zu einem gewissen Grade ist das Element des Treuerabattes in der Wirtschaft vertretbar. Schon im Rahmen der alten Kartellverordnung spielte allerdings die Frage eine Rolle, wieweit mit solchen Treuerabatten eine gewisse Fesselung des Kunden an ein bestimmtes Unternehmen vorgenommen wird. Es kann nicht ganz geleugnet werden, daß Möglichkeiten zu einer Aufspaltung des Wettbewerbs in voneinander hermetisch abgeschlossene, sogenannte „zementierte“ Kanäle“ unter Umstän-

den durch Treuerabatte gefördert werden. Die Regelung für die Konsumgenossenschaften erscheint auch besonders deswegen in einem seltsamen Licht, weil nach § 9 durchaus Sonderpreise bzw. Sondernachlässe über den Rabattsatz hinaus gewährt werden dürfen, und zwar an Wiederverkäufer, eigene Angestellte des Unternehmers und an Großverbraucher. Man hätte sich sicherlich die Frage vorlegen müssen, ob nicht im Begriff der Genossenschaftsmitgliedschaft schon das Element des Großverbrauchers enthalten ist, zumal — wie der Kommentar auf Seite 188 mit Recht vermerkt — unter „Großverbraucher“ durchaus auch Letztverbraucher zu verstehen sind.

Der Kommentar bietet für den Wirtschaftsjuristen und wirtschaftsrechtlich interessierte Kreise ein ausgezeichnetes Handbuch, entsprechend seiner Zweckbestimmung. Wenn in der

Literatur — zumal zum Genossenschaftsproblem — leider auf die genossenschaftlichen Stellungnahmen überhaupt nicht Bezug genommen ist, so mag dies an einer allzu positivistischen Hinneigung der gesetzlichen Regelungen liegen. Es wäre zu wünschen, wenn Kommentare dieser Art für die Zukunft auch die Gedanken der modernen Nationalökonomie, die für die Gestaltung des Wirtschaftsrechts immer größere Bedeutung gewinnen, in stärkerem Maße berücksichtigen würden. Im angelsächsischen Sprachbereich geschieht dies längst. Die Exklusivität des deutschen Rechtsdenkens wirkt sich bis heute hindernd für eine Entwicklung aus, die durch Beachtung ökonomischer Tatbestände eine wesentliche Auflockerung und eine lebensnähere Gestaltung des Wirtschaftsrechts auslösen könnte.

*Dr. Karl Kühne*